

**BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT****Alois Stöger diplômé  
Bundesminister**

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Mag<sup>a</sup>. Barbara Prammer  
Parlament  
1017 Wien

XXIV. GP.-NR

2215 IAB

24. Juli 2009

zu 2336 IJ

Wien, am 23. Juli 2009

GZ: BMG-11001/0199-I/5/2009

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische  
**Anfrage Nr. 2336/J der Abgeordneten Korun, Schwentner, Freundinnen und  
Freunde** nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Frage 1:**

Die dazu befragten Gebietskrankenkassen (GKK) haben weitest gehend  
übereinstimmend mitgeteilt, dass Informationskampagnen zum Thema  
Zwangsverheiratung von ihnen in Krankenhäusern nicht durchgeführt wurden.

Es wurde jedoch von einigen GKK auf Informationsmaßnahmen zum Thema „Gewalt“  
hingewiesen:

Die Wiener Gebietskrankenkasse hat in den Gesundheitszentren sowie im  
Hanuschkrankenhaus im Jahre 2007 ganz allgemein Folder und Checkkarten zu den  
Themen „Gewalt gegen Frauen“ und „Gewalt gegen Kinder“ verteilt.

Die Vorarlberger Gebietskrankenkasse macht in ihrer Stellungnahme auf eine  
Initiative des Frauenreferates der Vorarlberger Landesregierung mit dem Titel „Ein  
deutliches Signal gegen häusliche Gewalt“ aufmerksam.

Die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse teilt schließlich mit, dass das Thema  
„Männliche Gewalt“ bereits in dem von dieser Kasse für mehrere  
Gebietskrankenkassen produzierten Gesundheitsmagazin „Forum Gesundheit“  
behandelt wurde. Darüber hinaus hat die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse

im Jahr 2008 die Kampagne „Ich ... hab es noch niemandem gesagt“ der ARGE OÖ Frauenhäuser aktiv unterstützt.

Die Tiroler Gebietskrankenkasse hat darauf hingewiesen, dass zwar nach der Eheschließung die Meldung des/der Versicherten zur Mitversicherung des Ehegatten/der Ehegattin erfolgt; ob diese Eheschließung freiwillig oder unter Zwang erfolgte, lasse sich aus dem ausgefüllten Familienstandsnachweis nicht ableiten.

Bezüglich der Frage nach Informationskampagnen zu diesem Thema in Krankenanstalten verweise ich auf die Beantwortung der Fragen 3 bis 5.

**Frage 2:**

Ein bundeseinheitlicher Leitfaden für medizinisches Personal zur Erkennung von Gewalt gegen Frauen und Kinder liegt nicht vor.

**Fragen 3 bis 5:**

Zu diesen Fragen darf ich grundsätzlich festhalten, dass Angelegenheiten der Heil- und Pflegeanstalten – mit Ausnahme der Zuständigkeit des Bundes zur Gesetzgebung über die Grundsätze – in die Zuständigkeit der Länder fallen. Ich ersuche um Verständnis, dass mir eine Beantwortung dieser Fragen nicht möglich ist, da mir diesbezügliche Daten nicht vorliegen.

